

04.01.2016

AWO fordert: 2016 muss zum Jahr der Integration werden



Die AWO betreut tausende Menschen nach ihrer Flucht durch ehren- und hauptamtlich engagierte Menschen. Der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler fordert von der Politik im Jahr 2016 den Fokus von der Erstaufnahme hin zur gesellschaftlichen Integration der über eine Million Geflüchteten zu richten: „Das Jahr 2016 muss ganz im Zeichen der Integration stehen...

...Wir sollten uns darauf einstellen, dass sehr viele der über eine Million Geflüchteten bei uns bleiben. Zusätzlich werden auch im nächsten Jahr neue Flüchtlinge kommen, die lange oder dauerhaft bei uns bleiben. Diese große Zahl wird unsere Gesellschaft verändern. Wie sie das tut, liegt zu einem beachtlichen Teil in unserer Hand. Von der Bundesregierung fordern wir einen Masterplan für die Integration der Geflüchteten. Die Aufgabe besteht darin, die Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft ankommen zu lassen, sie zu unseren neuen Nachbarn, neuen Arbeitskolleginnen und Kollegen und neuen Mitschülerinnen und Mitschülern zu machen.

Die Städte und Gemeinden dürfen mit dieser Verantwortung nicht alleine gelassen werden. Ihnen ist großer Dank und Anerkennung dafür auszusprechen, dass sie es in so kurzer Zeit geschafft haben, über eine Million Männer, Frauen und Kinder unterzubringen und zu versorgen. Die nun

anstehenden Integrationsbemühungen bzw. Maßnahmen dürfen aber nicht von der Finanzlage einer Kommune abhängen. Sie müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung betrachtet werden.

In erster Linie muss es nun um den Spracherwerb und die Arbeitsmarktintegration gehen. Teilhabe am Arbeitsmarkt bietet die besten Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Ein Arbeitsmarktprogramm, das sich insbesondere an geflüchtete Menschen wendet, wäre ein guter Weg, wenn die entsprechenden Grundlagen stimmen. Dazu gehört ein bundesweit geregeltes und flächendeckendes Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache. Dies setzt eine Refinanzierung voraus, die einen entsprechend qualifizierten Unterricht ermöglicht. Auch ein Qualifikationserwerb/bzw. –anpassung und die Unterstützung bei der Orientierung auf dem hiesigem Arbeitsmarkt sind unabdingbare Voraussetzungen für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegrationen.

Die Bundesrepublik verfügt über ein gut ausgeprägtes System sozialer Dienstleistungen im bewährten Zusammenspiel aus öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege. Diese Strukturen sind flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik vorhanden. So können die Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtspflege sowohl in städtischen wie auch in ländlichen Regionen aktiv die Integration der geflüchteten Menschen in die Gesellschaft mitgestalten. Damit die Geflüchteten Teil des gesellschaftlichen Lebens werden, müssen ihnen alle bestehenden und bewährten Einrichtungen und Dienstleistungen wie zum Beispiel Kitas, Schulhorte und Beratungsstellen geöffnet werden. Voraussetzung dafür ist aber auch eine schnellstmögliche entsprechende Qualifizierung und Weiterbildungen der Beschäftigten dieser Einrichtungen und eine Anpassung der Personalschlüssel.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich für Geflüchtete engagiert oder tun dies noch immer. Sie haben Großartiges geleistet und die Willkommenskultur mit Leben gefüllt. Ohne ihre Mühe wären die öffentlichen Strukturen der Flüchtlingsaufnahme zusammengebrochen. Dennoch darf sich nicht dauerhaft auf ehrenamtliche Strukturen verlassen werden. Die ehrenamtlich Tätigen brauchen Unterstützung und Entlastung.

Dass auf der anderen Seite eine so große Zahl von Geflüchteten bei vielen Menschen Unsicherheiten auslöst, darf nicht ignoriert werden. Hier liegt es an allen Verantwortlichen aufzuklären und dadurch möglichst viele Ängste abzubauen. Dabei muss vor allem darauf geachtet werden, dass bisherige Sozialleistungen nicht zu Lasten der bereits hier lebenden Bevölkerung abgebaut werden. Verteilungskämpfe unter den Schwächsten unserer Gesellschaft müssen unbedingt vermieden werden.

Es braucht den Willen, unsere Gesellschaft in all ihren Bereichen zu öffnen und Menschen aller Herkunft teilhaben zu lassen. Das sollte unser Motto für 2016 sein. Das kann und muss uns gelingen.“

Die AWO hat den Anspruch, Vielfalt zu leben und solidarisch zu gestalten. Deshalb startet sie im

Januar 2016 ein Themenjahr: Für Menschen nach der Flucht. Miteinander in Würde leben.

Pressekontakt:

AWO Bundesverband e.V.

Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin

Telefon: + 49 (0)30 26 309 22

